

| | |
|--|-----|
| Wege aus der Arbeitslosigkeit – die Erfahrungen in den 30er Jahren | 553 |
| Anhaltende Produktionszunahme in der Bauwirtschaft | 557 |

Staiglin

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 45/83

Berlin

10. November 1983

50. Jahrgang

Wege aus der Arbeitslosigkeit – die Erfahrungen in den 30er Jahren

Der Senator für Wirtschaft und Verkehr, Berlin, und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, veranstalteten am 3. und 4. Oktober 1983 ein Symposium, das sich mit den Erfahrungen beschäftigte, die vor 50 Jahren in Deutschland und in anderen Ländern bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht worden waren. Der folgende Bericht enthält einen Überblick über die Referate. Der vollständige Text der Vorträge soll, zusammen mit einem Überblick über die Diskussion, in den Vierteljahrsheften zur Wirtschaftsforschung veröffentlicht werden.

Prof. Dr. Knut Borchardt (München) referierte über die „Diskussion in Deutschland in den frühen 30er Jahren“: Die Geschichte dieser Zeit vermittelt uns keine Regeln der Kunst, Wege aus der Arbeitslosigkeit zu finden. Zwar hat sich die tatsächlich betriebene Wirtschaftspolitik als unwirksam erwiesen, den Abschwung zu verhindern oder nennenswert zu mildern; das spricht aber noch nicht für die Wirksamkeit der vieldiskutierten Politik zusätzlicher kreditfinanzierter Staatsausgaben. Denn diese erhielt während der großen Depression gar nicht die Möglichkeit, ihre Wirksamkeit (oder Unwirksamkeit) zu erweisen. Daß nach 1933 in einigen Ländern der Aufschwung positiv korreliert war mit fiskalpolitischen Expansionsprogrammen, ist jedenfalls kein Beweis für die Behauptung, derartige Programme hätten schon vorher einen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit leisten können. Denn die Krise war bereits 1932 ohne fiskalpolitische Expansionsmaßnahmen zu Ende gegangen, so daß die späteren Expansionsprogramme möglicherweise nur „Trittbrettfahrer“ einer ohnehin in Gang gekommenen Entwicklung waren. Zu Skepsis mahnen auch Simulationsrechnungen, denen zufolge selbst die großzügigsten der seinerzeit diskutierten Expansionsprogramme die Arbeitslosigkeit von 1929 bis 1932 nicht fühlbar gemildert hätten.

Gleichwohl kann das Studium der damaligen beschäftigungspolitischen Diskussion Nützliches lehren, wenn man diese als einen Prozeß begreift, und zwar als einen Dialog mit der sich ständig ändernden

realen Umwelt. Bei diesem Prozeß handelt es sich weniger um die Entfaltung von Ideen, als vielmehr um den Ablauf einer politischen Diskussion: Die Theorien selber waren viel weniger umstritten, als der Theoretiker annehmen möchte. Kontrovers waren vor allem die kurz- und langfristigen Ziele der Wirtschaftspolitik. Umstritten war auch die Beurteilung der — ständig wechselnden — Randbedingungen des Handelns, so daß aus ein und derselben Theorie unter Umständen ganz verschiedene Empfehlungen abgeleitet werden konnten. Bemerkenswert ist zudem, daß kaum einer der Diskussionsteilnehmer (auch nicht Keynes und Lautenbach) über längere Zeit ihre Position konsequent durchgehalten haben.

Damals wurden zwei grundsätzlich verschiedene Wege aus der Arbeitslosigkeit gewiesen. Der erste, zum Teil schon in den frühen 20er Jahren vorbereitete Weg sollte ohne Ausweitung der am Markt verwertbaren Produktion zu weniger Arbeitslosigkeit führen: freiwilliger Arbeitsdienst, Förderung der Auswanderung, Begrenzung der Ausländerbeschäftigung, Verbot von Überstunden und des sogenannten Doppelverdienertums, Verkürzung der Arbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich, protektionistisch abgeschirmte Reagrarisierung. Der zweite, im Jahre 1931 (in Ansätzen schon davor) entworfene, als keynesianisch zu bezeichnende Weg sollte über Mehrproduktion zu mehr Beschäftigung führen: Arbeitsbeschaffung durch kreditfinanzierte Mehrausgaben des Staates an die Wirtschaft. Der erste Weg war vielfach umstritten und

wurde nur zaghaft beschränkt (freiwilliger Arbeitsdienst, Reduktion der Arbeitszeit in einigen Bereichen). Auf noch größere Widerstände stieß der zweite Weg; er wurde bis zum Ende der Depression gemieden.

Befürworter dieses zweiten Weges behaupteten damals, daß schon ein geringfügiges deficit-spending die Beschäftigung und die Einkommen so stark steigern würde, daß über verminderte Sozialausgaben und erhöhte Staatseinnahmen das Defizit bald weitgehend abgebaut werden könnte. Mit dieser Argumentation wollte man erstens der Inflationsfurcht Rechnung tragen. Diese war begrifflicherweise so tief verwurzelt, daß alle als inflationsträchtig erscheinenden Projekte auf schärfste Ablehnung stießen. Zweitens waren einem deficit-spending von der Finanzierungsseite her enge Grenzen gesetzt. Vom Rückgriff des Staates auf den inländischen Kapitalmarkt befürchteten die meisten eine Verdrängung der privaten Wirtschaft. Die Hereinnahme von Auslandskrediten war nach dem Zusammenbruch des Bankensystems und der Währungskrise im Sommer 1931 keine konkrete Möglichkeit mehr. Das Thema Notenbankkredit war nach der Inflationskatastrophe tabu. Der Zugang zu dieser Finanzierungsquelle war durch gesetzliche Bestimmungen, namentlich durch völkerrechtliche Verträge im Zusammenhang mit den Reparationsregelungen, weitgehend verbaut, und an eine Zustimmung der Alliierten zu einer Lockerung dieser Restriktionen war nicht zu denken.

Der Widerstand gegen staatliche Ausgabenprogramme hatte aber auch noch eine andere Dimension: Vielfach wurde das Risiko langfristiger Schäden höher bewertet als die Chance kurzfristiger Beschäftigungserfolge. Erstens wollte man sich nicht durch beschäftigungspolitische Alleingänge aus dem weltwirtschaftlichen Verbund der Güter- und Kapitalmärkte lösen. Zweitens sollte die notwendige „strukturelle Bereinigung“ nicht verhindert werden. Denn schon vor der Krise gab es anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, zu hohe Reallöhne, eine passive Leistungsbilanz, zunehmende strukturelle Staatsdefizite, eine als überhöht empfundene Abgabenbelastung, und über all dem hing eine exorbitante Auslandsverschuldung. Außerdem glaubte man, die durch die zunehmende Monopolisierung der Güter- und Faktormärkte gelähmten Selbstheilungskräfte des Marktes durch administrative Senkung von Löhnen sowie von Markenartikel- und Kartellpreisen wieder mobilisieren zu müssen. Die Deflationspolitik Brüning's ist sowohl passive Anpassung an das für unvermeidlich Gehaltene als auch, dem Sinne nach, der Versuch einer aktiven Beschäftigungspolitik gewesen. Sie war keineswegs Ausdruck einer „laissez-faire-Mentalität“, mit ihr wurden aber Chancen und Risiken der verschiedenen Wege der Globalsteuerung anders eingeschätzt

als von den Befürwortern staatlicher Expansionsprogramme.

Prof. Dr. *Fritz W. Scharpf* (Berlin) sprach über „**Die Diskussion heute**“: Die seit 1974 anhaltende weltweite Rezession hat alle westlichen Industrieländer mit prinzipiell gleichartigen Problemen konfrontiert. Doch einige Länder haben nationale Strategien zur Erhaltung der Vollbeschäftigung oder zumindest zur fühlbaren Eindämmung der Arbeitslosigkeit gefunden: die Schweiz (Abbau der Ausländerbeschäftigung), Japan (Ausweitung der Investitionen trotz Verfalls der Kapitalrentabilität), Schweden (mehr Beschäftigung im Staatssektor, aktive Arbeitsmarktpolitik). Besondere Aufmerksamkeit verdient der österreichische Weg: eine koordinierte Expansionsstrategie der Geld- und der Fiskalpolitik, die gegen inflationäre Risiken einkommenspolitisch abgesichert war.

Die österreichische Strategie wäre auch für die Bundesrepublik Deutschland in Frage gekommen. Noch Anfang der 70er Jahre gab es einen weitgehenden wissenschaftlichen und politischen Konsens darüber, daß Arbeitslosigkeit nicht mit Arbeitsmarktpolitik, sondern gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz mit antizyklischer Wirtschafts- und Finanzpolitik zu bekämpfen sei. Eine koordinierte expansive Geld- und Finanzpolitik wäre damals vermutlich erfolgreich gewesen, da wir gegen stabilitätspolitische Risiken durch die lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften seit 1974 sogar noch besser abgesichert waren als Österreich. Dieser Weg wurde aber nicht beschränkt. Der Zunahme der Arbeitslosigkeit 1974/75 wurde zwar mit einer expansiven Fiskalpolitik begegnet, deren Effekte wurden aber durch eine extrem restriktive Geldpolitik konterkariert.

Entscheidend hierfür war, daß — vor allem unter dem hier viel größeren Einfluß der wissenschaftlichen Diskussion auf die praktische Wirtschaftspolitik — die Bundesbank 1973 zu einer monetaristischen Strategie überging. Im keynesianischen Lager wurde dies nicht genügend beachtet, weil man die Bedeutung einer restriktiven Geldpolitik unterschätzte. Die Bundesbank sah sich hinsichtlich ihrer stabilitätspolitischen Aufgabe von der keynesianischen Theorie im Stich gelassen, und die konventionellen neo-keynesianischen Rezepte (Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch expansive, Bekämpfung der Inflation durch restriktive Geld- und Finanzpolitik ohne expliziten Bezug zur Einkommenspolitik) waren während der weltweiten Stagflation in den frühen 70er Jahren auch theoretisch diskreditiert worden.

Bei der Mehrheit der deutschen Ökonomie fand die monetaristische Wende breite Zustimmung. Sie wurde durch angebotstheoretische und einkommenspolitische Elemente komplettiert: Anders als in Österreich soll nicht die Einkommenspolitik die Stabilität

sichern, sondern die (potentialorientierte) Geldpolitik, indem sie ein inflationsfreies Wachstum finanziert; nicht die Geld- und die Finanzpolitik, sondern die Einkommenspolitik wird für die Beschäftigungsentwicklung verantwortlich gemacht. Diese modifizierte monetaristische Strategie wurde konsequent weiterentwickelt. Die Gewerkschaften haben nach 1974 den ihnen zugeschriebenen Part der Lohnzurückhaltung gespielt (gewiß eher in der Hoffnung, im Sinne der österreichischen Strategie zu mehr Beschäftigung beizutragen), und fiskalpolitisch wird spätestens seit der Bundestagswahl 1981 Zurückhaltung geübt oder, nach der politischen „Wende“ im Herbst 1982, jeglicher Aktionismus abgelehnt.

Die „Deutsche Strategie“ hat nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit geführt. Folgende Überlegungen sprechen dafür, daß diese Strategie grundsätzlich hierzu nicht geeignet ist. Erstens führt eine streng potentialorientierte Geldpolitik auch bei Lohndisziplin zu Nachfragedefiziten, wenn exogene Preisschübe (wie die beiden Ölpreis-Schocks) den Finanzierungsbedarf der Wirtschaft erhöhen; die Kapazitätsauslastung sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt, und es entsteht eine Investitionslücke, die den Horizont einer „potentialorientierten Geldpolitik“ für die nächste Runde erniedrigt. Zweitens hat der steile Anstieg des internationalen Zinsniveaus nach dem zweiten Ölpreisschock die wirtschaftliche Problemlage grundlegend verändert. Risikolose Geldanlagen sind im Vergleich zu riskanten Realinvestitionen so attraktiv geworden, daß selbst eine einigermaßen konsequente Angebotspolitik (Lohnzurückhaltung, Steuerentlastung) die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nicht ausreichend sichern kann. Unter diesen Umständen hätte die von Keynesianern geforderte Rückkehr zur Politik des billigen Geldes nur die Stabilitätsrisiken vergrößert und zu Kapitalflucht anstatt zu mehr inländischen Investitionen geführt. Damit verliert auch das österreichische Modell seinen wesentlichen Vorzug: Der internationale Zinsanstieg zwingt zu geldpolitischen Restriktionen, denen eine beschäftigungspolitisch motivierte expansive Fiskalpolitik immer weniger entgegenzusetzen hat.

Unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Bedingungen können die gängigen Theorieansätze keine ökonomisch plausiblen und institutionell praktikablen Wege aus der Arbeitslosigkeit weisen. Inzwischen ist die beschäftigungspolitische Diskussion bei eher defensiven Vorschlägen (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung u.ä.) angelangt. Keiner dieser Vorschläge ist bisher in dem herrschenden ökonomischen Theoriesystem verankert worden. So bleibt, wie in den 30er Jahren, allenfalls die Hoffnung, daß es die Praxis sein wird, die der wissenschaftlichen Diskussion die Wege aus der Arbeitslosigkeit zeigt.

Thema des Vortrags von Prof. Dr. *Rolf Kregel* (Berlin) war „**Die wirtschaftliche Entwicklung im Deutschen Reich in den 20er und 30er Jahren aus der Sicht des Instituts für Konjunkturforschung**“: Bei der Gründung des Instituts für Konjunkturforschung (IfK) im Juli 1925 hat Ernst Wagemann sich vor dem Kuratorium bewußt zurückhaltend geäußert und keine übertriebenen Versprechungen gemacht. Bei der Diagnose der sich seit Oktober 1929 rasch verschlechternden Wirtschaftslage hat das IfK gute Arbeit geleistet. Insbesondere hat das Institut jede Beschönigung der Lage vermieden und im Gegensatz besonders zum Finanzministerium die tatsächliche Lage stets schonungslos geschildert. Bei den Prognosen, die sich zunächst stets der Diagnose anschlossen, waren Erfolge sehr selten und — wie man den Eindruck hat — mehr zufälliger als systematischer Art. Allerdings hatte Wagemann 1925 ganz offen gesagt, daß die auf das Institut im Zusammenhang mit den Prognosen zukommenden Probleme unabsehbar seien. Der strukturelle Charakter der Weltwirtschaftskrise ist in Deutschland wie in der Welt erst 1930/31 von ganz wenigen Beobachtern erkannt worden. Wagemann hat die Notwendigkeit staatlicher Defizitpolitik erst spät, zu spät erkannt. In den Vierteljahrsheften, in denen regelmäßig die neuesten Ereignisse der Konjunkturforschung mitgeteilt wurden, finden sich die ersten, noch sehr zaghaften therapeutischen Ratschläge nicht vor dem August 1932.

Alles in allem hat das IfK während der Jahre der Weltwirtschaftskrise keine bemerkenswerte Rolle gespielt. Männer wie W. Lautenbach, H. Dräger, R. Friedländer-Prechtel, W. Röpke und einige weitere haben die Gefahren einer fatalistischen Hinnahme des Konjunkturzyklus viel eher erkannt und bezeichnet als Ernst Wagemann und seine Mitarbeiter im IfK. So sehr das Institut auf dem Gebiet der Konjunkturforschung versagt hat, so bedeutende Leistungen brachte es auf anderen Gebieten der Wirtschaftsforschung hervor, wie die seit 1927 erschienenen Sonderhefte beweisen. Die Lösung der dem IfK zugewiesenen Hauptaufgabe mißlang, aber das weite Feld der anderen Forschungsaufgaben gedieh zu einer ungeahnt reichen Blüte.

Prof. Dr. *Dietmar Petzina* (Bochum) referierte über „**Internationale Aspekte der Wirtschaftspolitik**“: Die große Krise in den 30er Jahren und die Wachstumshemmungen der Zwischenkriegszeit insgesamt waren Ursache und Folge weltwirtschaftlicher Verwerfungen in dieser Periode. Weltwirtschaftliche Strukturprobleme zeigen sich sowohl in der Schrumpfung des internationalen Handels als auch in weltweiten Verschiebungen der Handelsströme. Gewinner waren nicht die Rohstoff- und Agrarproduzenten, sondern in den 20er Jahren die Vereinigten Staaten und einige „junge“ Industrieländer. Die Veränderung der Terms

of Trade zugunsten der Industrieländer beschleunigte wegen des dadurch verursachten Kaufkraftverfalls der Rohstoff- und Agrarländer die weltwirtschaftliche Desintegration. Der Auflösung der in der Phase der Hochindustrialisierung entstandenen Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Rohstoffländern konnte in den 30er Jahren kein neues Gleichgewicht — Intensivierung des Handels zwischen den Industrieländern — entgegengesetzt werden. Die Handels-, Währungs- und Kreditpolitik der führenden Industrieländer hat die weltwirtschaftliche Desintegration wesentlich verursacht, zumindest verstärkt. Die Verweigerung der neuen Gläubigerrolle durch die USA, der gescheiterte Versuch Großbritanniens, weiterhin die Rolle des Leitwährungslandes zu spielen, und schließlich der Wettlauf der Länder in den Protektionismus haben die Auflösung des internationalen Systems besiegelt. „Strukturelle“ Zwänge gab es dafür nicht, wohl aber die Unfähigkeit der Regierungen, durch ein Mindestmaß an internationaler Zusammenarbeit und durch Lösung der internationalen Schuldenprobleme die internationale Krise „beherrschbar“ zu machen. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat in den 30er Jahren durch ihre rigorose Ausrichtung auf die Ziele nationaler Unabhängigkeit und Aufrüstung den Prozeß der Desintegration nachhaltig gefördert. Freilich konnte sie sich auch nach 1933 weltwirtschaftlichen Zwängen nicht völlig entziehen. Die Politik der außenwirtschaftlichen Kontrollen war keine deutsche Besonderheit, sondern in den 30er Jahren der Regelfall.

Prof. Dr. *Sidney Pollard* (Bielefeld) sprach über die „**Erfahrungen in Großbritannien und Schweden**“: Beide Länder verfügten über eine traditionsreiche bürgerlich-demokratische politische Struktur und ein gesichertes Bankwesen mit einer starken Zentralbank. In beiden Ländern war die Wirtschaftskrise verhältnismäßig milde und wurde früh überwunden. In den 20er Jahren verzeichnete Schweden ein rasches industrielles Wachstum mit erfolgreicher Modernisierung und Rationalisierung, während Großbritannien seiner strukturellen Probleme nicht Herr wurde; in beiden Ländern folgte nach Bewältigung der Krise eine Phase des schnellen Wachstums auf der Basis moderner Industrien. Der industrielle Rückgang machte sich in Großbritannien 1929 bemerkbar, in Schweden erst von 1930 an; die Finanzkrise wurde in beiden Ländern im Sommer und im Herbst 1931 durch den Devisenschwund, also durch außenwirtschaftliche Faktoren, hervorgerufen. Beide Länder reagierten darauf mit der Abkoppelung der Währung vom Gold und mit einer Abwertung, Großbritannien darüber hinaus auch mit Protektionismus. Infolgedessen flossen Gold und Devisen zurück. Geldpolitische Erleichterungen der Zentralbank unterstützten die wirtschaftliche Erholung.

Die Wirtschaftspolitik war in beiden Ländern völlig verschieden: orthodox-deflationär im konservativen

Großbritannien, unorthodox, auf Kreditschöpfung über öffentliche Arbeiten ausgerichtet, im sozialdemokratischen Schweden. Der Verlauf des Konjunkturzyklus war dennoch in beiden Ländern ganz ähnlich. Die Wende wurde offenbar hervorgerufen durch die Aufrechterhaltung eines hohen Reallohniveaus (gestützt durch starke Gewerkschaften und günstige Terms of Trade), was dem Verfall der Einkommen eine gewisse Untergrenze setzte. Danach, 1933, setzte der Aufschwung ein, gefördert durch Investitionen im Wohnungsbau und in der Industrie. In beiden Staaten erholte sich der Binnenmarkt schneller und gründlicher als die Exportmärkte, und in gewissem Umfang wurden heimische Produkte durch Importe ersetzt. In beiden Ländern jedoch blieb selbst 1937, als der nächste konjunkturelle Höhepunkt erreicht war, eine beträchtliche Anzahl von Arbeitssuchenden ohne Beschäftigung.

Prof. Dr. *Volker Hentschel* (Mainz) referierte über die „**Erfahrungen in den USA, Frankreich und Japan**“: Als die große Depression ihren Tiefpunkt erreicht hatte, waren in den USA knapp 13 Millionen Menschen arbeitslos (Arbeitslosenquote 25 vH), in Frankreich waren es etwa 2 Millionen (12 vH) und in Japan ungefähr 2,5 Millionen (8 vH). In Japan war die Arbeitslosigkeit 1936 überwunden. In Frankreich gab es 1938 noch 1,5 Millionen Arbeitslose — erst forcierte Rüstung und der Krieg brachten Vollbeschäftigung —, und in den USA herrschte noch 1940 Millionenarbeitslosigkeit.

In Japan wurde relativ früh, in den USA und in Frankreich erst spät mit der energischen Bekämpfung von Depression und Massenarbeitslosigkeit mit wirtschaftspolitischen Mitteln begonnen. Während bis dahin das reale Bruttosozialprodukt in den USA um 29 vH und das reale Nettosozialprodukt in Frankreich um 18 vH geschrumpft waren, hatte sich das reale Bruttosozialprodukt in Japan nur um maximal 7 vH verringert.

Die wirtschaftspolitische Wende wurde in allen drei Ländern durch eine Phase raschen Geldmengenwachstums und sinkender Zinsen eingeleitet; nirgendwo ist die wirtschaftliche Erholung durch knappes und teures Geld behindert worden. In allen drei Ländern wurde auch deficit-spending betrieben. Die Haushaltsdefizite machten, grob geschätzt, 4 vH des Bruttosozialprodukts aus. In Japan entsprach dies mehr als der Hälfte der Differenz zwischen dem tatsächlichen Bruttosozialprodukt und dem bei Vollbeschäftigung möglich gewesenen Bruttosozialprodukt; in den USA und in Frankreich war es weniger als 15 vH. In Japan — anders als in den USA und Frankreich — trug somit die Finanzpolitik nennenswert zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei.

In Japan kamen die zusätzlichen Staatsausgaben über die Rüstung unmittelbar der Produktions- und In-

vestitionsgüterindustrie zugute. In den USA flossen sie über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor allem der Konsumgüterindustrie zu; diese Maßnahmen waren von hohem sozialen Nutzen, aber beschäftigungspolitisch möglicherweise kontraproduktiv.

Japans zweiter Impuls war eine dem Trend der Weltwirtschaft entgegengesetzte Sonderkonjunktur der Exportwirtschaft, die vor allem durch eine massive Abwertung des Yen ausgelöst worden war. Die USA und Frankreich schlugen diesen Weg nicht ein, weil sie einen Abwertungswettlauf mit den wichtigsten Handelspartnern und Konkurrenten befürchteten.

Anders als in Japan standen in den USA und in Frankreich Lohnerhöhungen (Kaufkraftstützung!), Arbeitszeitverkürzungen und die Befestigung des kollektiven Tarifvertragsrechts im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Die Lohnerhöhungen haben zu Preissteigerungen, aber auch zu einem Gewinnruck ge-

führt. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit hat die Beschäftigtenzahl kurzfristig erhöht, aber die wirtschaftliche Erholung mittelfristig eher gehemmt.

In allen drei Ländern war der private Verbrauch in den späten 30er Jahren etwas größer als vor der Krise. Dagegen waren die privaten Investitionen in den USA und in Frankreich noch erheblich niedriger als vorher. Nur in Japan, und zwar schon 1935/36, hatten sich die Investitionen beträchtlich erhöht.

Bei einer Beurteilung der Entwicklung in Japan und den USA muß man in Betracht ziehen, daß in Japan die von der Rüstungsgüter- und Exportnachfrage ausgehenden Impulse Wachstums- und Wandlungskräfte freisetzen, die in den USA schon in den 20er Jahren fast ausgeschöpft worden waren. Japan zog Vorteile aus seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit, die USA laborierten an einem akuten Mangel an marktfähigen Innovationen.

Anhaltende Produktionszunahme in der Bauwirtschaft

Nach der letzten Rezession befindet sich die Bauwirtschaft in der Bundesrepublik wieder in einer konjunkturellen Erholungsphase. Begünstigt durch ein vergleichsweise niedriges Zinsniveau, geringe Preissteigerungen sowie infolge der Massierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen nimmt die Bautätigkeit wieder zu. Das reale Bauvolumen wird zwar 1983 nur um etwa 2 vH über dem Ergebnis des Vorjahres liegen, weil das Tiefbauvolumen sich weiter rückläufig entwickelt. Im gewerblichen Hochbau, vor allem aber im Wohnungsbau, dürfte das Bauvolumen jedoch mindestens bis Ende 1984 kräftig expandieren. Im Zuge der konjunkturellen Aufwärtsbewegung werden auch die Preissteigerungsraten wieder größer. Nachfrage und Produktion folgend dürfte im kommenden Jahr die Zahl der Beschäftigten um etwa 50 000 zunehmen.

Im Wohnungsbau hatten hohe Baupreis- und Baupreissteigerungen, vor allem aber der steile Anstieg der Hypothekenzinsen, zu Steigerungen der monatlichen Belastungen geführt, die weit über den Zuwachsraten der Haushaltseinkommen lagen. Daher schrumpften Nachfrage und Bautätigkeit im Eigenheimbau beträchtlich. Der Geschoßwohnungsbau hingegen nahm in der Rezession zu, da der Bau von Eigentumswohnungen im sogenannten Bauherrenmodell steuerlich gefördert wurde.

In der Entwicklung der Bautätigkeit im Wirtschaftsbau spiegelt sich die Schwäche der Investitionstätigkeit der Wirtschaft in den letzten Jahren wider. Da Bauinvestitionen in vielen Bereichen vornehmlich im Zusammenhang mit Erweiterungsinvestitionen getätigt werden, die in Perioden schwacher Investitionstätigkeit kaum eine Rolle spielen, schlägt die Abschwächung hier besonders durch.

Wegen der erheblichen Verringerung der öffentlichen Tiefbauinvestitionen schrumpfte der öffentliche Bau insgesamt stärker als der Wohnungsbau. Von den drastischen Einschnitten bei den kommunalen Investitionen im Gefolge der restriktiven prozyklischen Finanzpolitik wurde in erster Linie der Straßenbau getroffen, aber auch der sonstige öffentliche Tiefbau.

Somit war die Baurezession in erster Linie eine Rezession des Tiefbaus. Dagegen waren die Einbußen im Hochbau vergleichsweise gering. Nach Produzentengruppen betrachtet, ging das Bauvolumen im Ausbaugewerbe in den letzten Jahren stärker zurück als im Bauhauptgewerbe.

Aufgrund verbesserter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen stieg im Verlauf des letzten Jahres die Nachfrage wieder. Diese Entwicklung hat zunächst zu einem Aufstocken der Auftragsbestände geführt. Erst in diesem Jahr verstärkte sich auch die Bautätigkeit, allerdings nicht in allen Bereichen: Im Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau nimmt das reale Bauvolumen seit dem Frühjahr¹ kräftig zu, während der Schrumpfungsprozeß in allen Tiefbaubereichen noch anhält.

¹ Die Zunahme des saisonbereinigten Bauvolumens im Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau im vierten Quartal 1982 und im ersten Quartal 1983 ist noch nicht als Reaktion auf den Nachfrageanstieg des letzten Jahres zu werten, sondern bedingt durch die vergleichsweise sehr milden Witterungsverhältnisse. Die Ausfalltagewerke im vierten Quartal 1982 lagen um rund 55 vH, im ersten Quartal 1983 um 45 vH unter dem langfristigen Durchschnitt; sie lagen im vierten Quartal 1982 um 70 vH, im ersten Quartal 1983 um 35 vH unter denen des Vorjahres.

Entwicklung des Bauvolumens¹⁾ nach Baubereichen

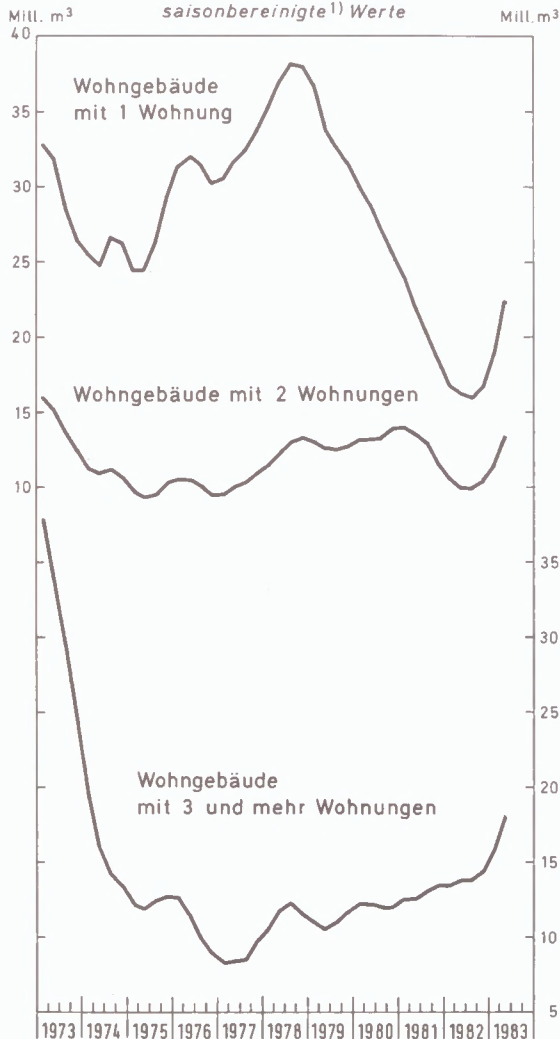
| Jahr | Wohn- bauten | Wirtschaftsbau | | | Öffentlicher und Verkehrsbau | | | | Bauvolumen Insgesamt | |
|---|-----------------|----------------|---------|---------|------------------------------|---------|------------------|----------------------|-------------------------|--------|
| | | Insgesamt | Hochbau | Tiefbau | Insgesamt | Hochbau | Strassen- bau | Sonstiger Tiefbau | | |
| <u>Bauvolumen zu jeweiligen Preisen in Mill.DM</u> | | | | | | | | | | |
| 1981 | I | 23870 | 13800 | 10390 | 3410 | 11650 | 5050 | 2570 | 4030 | 49320 |
| | II | 32580 | 17640 | 13070 | 4570 | 18590 | 6690 | 5430 | 6470 | 68810 |
| | III | 33500 | 18490 | 13720 | 4770 | 19240 | 7100 | 5570 | 6570 | 71230 |
| | IV | 31010 | 17630 | 13010 | 4620 | 16850 | 6780 | 4370 | 5700 | 65490 |
| | Jahr | 120960 | 67560 | 50190 | 17370 | 66330 | 25620 | 17940 | 22770 | 254850 |
| 1982 | I | 23020 | 13870 | 10430 | 3440 | 10960 | 5150 | 2240 | 3570 | 47850 |
| | II | 31540 | 17800 | 13230 | 4570 | 17160 | 6710 | 4720 | 5730 | 66500 |
| | III | 32780 | 18670 | 13930 | 4740 | 18040 | 7090 | 4970 | 5980 | 69490 |
| | IV | 31220 | 17960 | 13250 | 4710 | 16770 | 6890 | 4290 | 5590 | 65950 |
| | Jahr | 118560 | 68300 | 50840 | 17460 | 62930 | 25840 | 16220 | 20870 | 249790 |
| 1983 | I | 24280 | 14030 | 10710 | 3320 | 10110 | 4870 | 1960 | 3280 | 48420 |
| | II | 33620 | 18320 | 13850 | 4470 | 15830 | 6250 | 4290 | 5290 | 67770 |
| <u>Preisentwicklung (1970 = 100)</u> | | | | | | | | | | |
| 1981 | I | 195.2 | 175.7 | 177.8 | 169.5 | 181.3 | 191.3 | 174.7 | 174.2 | 186.1 |
| | II | 199.7 | 179.8 | 182.3 | 173.0 | 183.9 | 195.4 | 178.0 | 178.1 | 189.9 |
| | III | 201.5 | 180.8 | 183.5 | 173.4 | 184.7 | 196.9 | 178.2 | 178.3 | 191.1 |
| | IV | 202.3 | 181.9 | 185.1 | 173.5 | 184.6 | 198.1 | 175.8 | 177.0 | 191.8 |
| | Jahr | 199.9 | 179.7 | 182.4 | 172.5 | 183.9 | 195.7 | 177.1 | 177.2 | 190.0 |
| 1982 | I | 205.5 | 184.1 | 187.3 | 175.2 | 187.0 | 200.8 | 174.7 | 177.4 | 194.6 |
| | II | 206.6 | 185.3 | 188.9 | 175.8 | 185.4 | 202.2 | 173.8 | 177.8 | 194.9 |
| | III | 207.6 | 185.2 | 188.9 | 175.3 | 185.3 | 202.9 | 172.8 | 177.7 | 195.2 |
| | IV | 207.2 | 185.0 | 188.9 | 174.7 | 183.9 | 201.8 | 171.6 | 174.4 | 194.6 |
| | Jahr | 206.8 | 185.0 | 188.5 | 175.3 | 185.2 | 202.0 | 173.0 | 176.8 | 194.8 |
| 1983 | I | 208.5 | 185.8 | 189.2 | 175.5 | 186.5 | 202.8 | 170.7 | 175.3 | 196.7 |
| | II | 209.9 | 187.8 | 191.6 | 176.9 | 185.1 | 204.8 | 171.2 | 176.5 | 197.4 |
| <u>Bauvolumen zu Preisen von 1970 in Mill. DM</u> | | | | | | | | | | |
| 1981 | I | 12226 | 7855 | 5843 | 2012 | 6425 | 2640 | 1471 | 2314 | 26506 |
| | II | 16311 | 9812 | 7170 | 2642 | 10108 | 3424 | 3050 | 3633 | 36231 |
| | III | 16627 | 10228 | 7476 | 2751 | 10416 | 3606 | 3125 | 3684 | 37270 |
| | IV | 15332 | 9692 | 7030 | 2662 | 9128 | 3423 | 2485 | 3220 | 34152 |
| | Jahr | 60496 | 37587 | 27519 | 10068 | 36076 | 13093 | 10132 | 12851 | 134159 |
| 1982 | I | 11202 | 7532 | 5569 | 1963 | 5860 | 2565 | 1283 | 2012 | 24595 |
| | II | 15264 | 9605 | 7005 | 2600 | 9257 | 3318 | 2716 | 3222 | 34126 |
| | III | 15788 | 10082 | 7377 | 2704 | 9736 | 3495 | 2875 | 3366 | 35605 |
| | IV | 15070 | 9708 | 7012 | 2696 | 9119 | 3414 | 2500 | 3205 | 33897 |
| | Jahr | 57325 | 36927 | 26964 | 9963 | 33972 | 12792 | 9374 | 11806 | 128224 |
| 1983 | I | 11645 | 7552 | 5661 | 1892 | 5421 | 2401 | 1149 | 1871 | 24618 |
| | II | 16017 | 9753 | 7227 | 2526 | 8554 | 3051 | 2506 | 2997 | 34325 |
| <u>Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH</u> | | | | | | | | | | |
| 1981 | I | - 15.4 | - 8.7 | - 9.3 | - 7.1 | - 16.4 | - 10.3 | - 26.7 | - 15.3 | - 13.8 |
| | II | - 2.0 | - 0.1 | - 0.1 | - 0.1 | - 0.4 | 3.9 | - 5.4 | 0.2 | - 1.0 |
| | III | - 2.2 | 0.0 | - 0.2 | 0.5 | - 1.8 | 2.5 | - 4.8 | - 3.2 | - 1.5 |
| | IV | - 4.7 | - 2.9 | - 3.4 | - 1.5 | - 6.2 | - 0.3 | - 7.6 | - 10.8 | - 4.6 |
| | Jahr | - 5.7 | - 2.7 | - 3.0 | - 1.8 | - 5.5 | - 0.7 | - 9.6 | - 6.7 | - 4.8 |
| 1982 | I | - 8.4 | - 4.1 | - 4.7 | - 2.4 | - 8.8 | - 2.8 | - 12.8 | - 13.0 | - 7.2 |
| | II | - 6.4 | - 2.1 | - 2.3 | - 1.6 | - 8.4 | - 3.1 | - 11.0 | - 11.3 | - 5.8 |
| | III | - 5.0 | - 1.4 | - 1.3 | - 1.7 | - 6.5 | - 3.1 | - 8.0 | - 8.6 | - 4.5 |
| | IV | - 1.7 | 0.2 | - 0.2 | 1.2 | - 0.1 | - 0.3 | 0.6 | - 0.5 | - 0.7 |
| | Jahr | - 5.2 | - 1.8 | - 2.0 | - 1.0 | - 5.8 | - 2.3 | - 7.5 | - 8.1 | - 4.4 |
| 1983 | I | 4.0 | 0.3 | 1.6 | - 3.6 | - 7.5 | - 6.4 | - 10.5 | - 7.0 | 0.1 |
| | II 2) | 4.9 | 1.5 | 3.2 | - 2.8 | - 7.6 | - 8.0 | - 7.7 | - 7.0 | 0.6 |
| | III | 6.0 | 3.5 | 6.0 | - 4.0 | - 4.0 | - 6.5 | - 3.0 | - 3.0 | 2.5 |

1) Berechnungen des DIW.
2) Schätzungen des DIW.

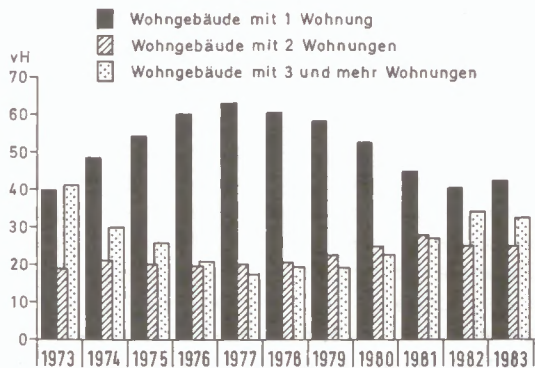
BAUGENEHMIGUNGEN IM WOHNUNGSBAU ERRICHTUNG NEUER GEBÄUDE

m³ umbauter Raum

saisonbereinigte¹⁾ Werte



Anteile am Wohnungsbau



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

DIW 83

Bei den Produzentengruppen läßt sich — erwartungsgemäß — eine Belebung der Produktion im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe feststellen; im Bauhauptgewerbe konzentrieren sich die neuen Förderungsmaßnahmen auf den Neubau. Der deutliche Anstieg des Bauvolumens im Ausbaugewerbe läßt sich vor allem auf das Auslaufen der steuerlichen Förderung von Wohnungsmodernisierung und energiesparenden Maßnahmen zurückführen, er war aber wohl auch durch die Mehrwertsteuererhöhung zur Mitte des Jahres bedingt.

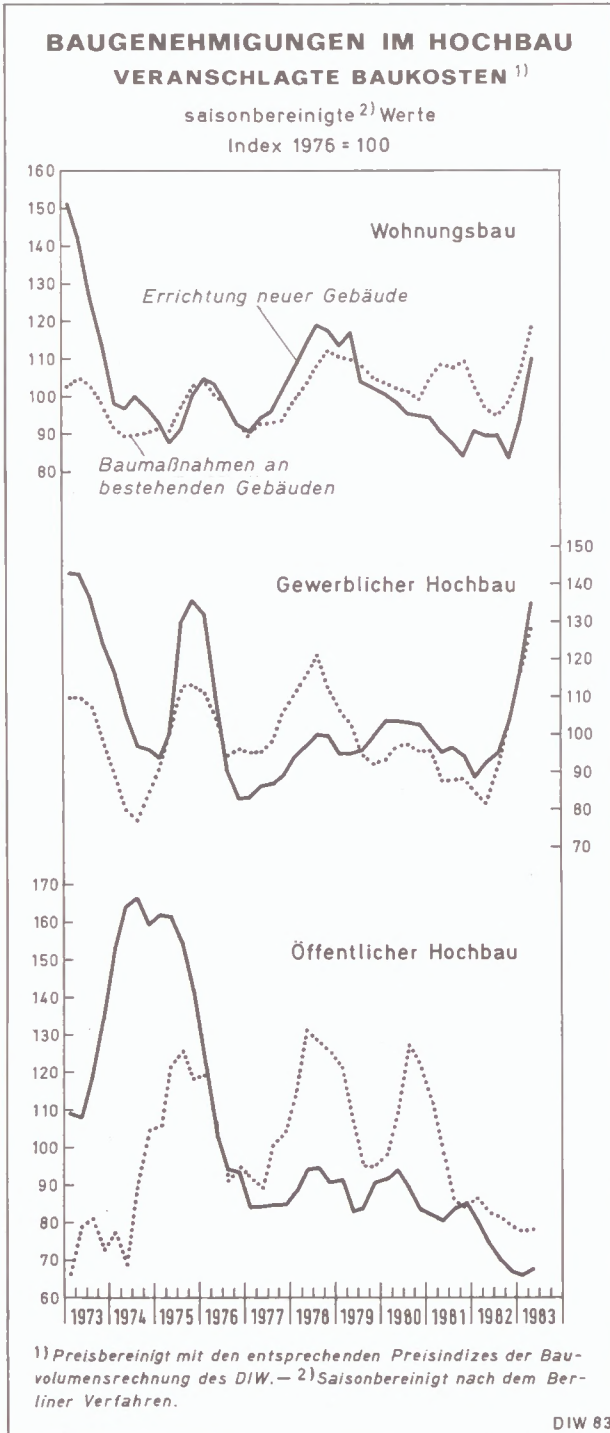
Wohnungsbau

Der seit dem letzten Jahr anhaltende kräftige Anstieg der Nachfrage, gemessen an den realen Auftragseingängen, hat sich bereits in der Bautätigkeit niedergeschlagen. Im ersten Halbjahr 1983 lag das reale Wohnungsbauvolumen um etwa 4,5 vH über dem Vorjahresergebnis. Folgt man der Entwicklung von Bauüberhang, -genehmigungen und -fertigstellungen, so dürfte sich die Zunahme auf den Geschoßwohnungsbau konzentriert haben. So nehmen die Baugenehmigungen im Geschoßwohnungsbau bereits seit 1977 tendenziell zu. Der Anteil der Baugenehmigungen (m³ umbauter Raum) im Geschoßwohnungsbau an den Genehmigungen im gesamten Wohnungsbau hat sich von 17 vH im Jahre 1977 auf 34 vH im Jahre 1982 erhöht. Im Eigenheimbau ist erst seit Anfang dieses Jahres eine Zunahme der Baugenehmigungen auszumachen. Die Zahl der Fertigstellungen im Geschoßwohnungsbau wächst seit 1979, während sie im Eigenheimbau bis zuletzt weiter zurückging.

Die weitere Entwicklung der Bautätigkeit bis Ende 1984 ist weitgehend vorgezeichnet: Die Hypothekenzinsen sind zwar wieder um einen Prozentpunkt gestiegen, liegen jedoch noch um etwa 3 Prozentpunkte unter dem Höchststand vom September 1981. Prognosen bis Ende nächsten Jahres lassen von der Zinsentwicklung vorerst keinen dämpfenden Einfluß auf Nachfrage und Produktion erwarten. Daneben wird auch von der Preisentwicklung vorerst kein negativer Effekt ausgehen. Positive, d.h. den Wohnungsbau stimulierende Effekte wird vor allem die seit Ende 1981 vorgenommene Massierung² von wohnungspolitischen Maßnahmen haben; diese Maßnahmen werden weiterhin den gesamten Wohnungsbau begünstigen, das Bauhaupt- und das Ausbaugewerbe, den Eigenheimbau und den Geschoßwohnungsbau.

Im Geschoßwohnungsbau werden wegen des Auslaufens der Mehrwertsteueroption bis Ende 1984 insbesondere die Bauleistungen im Rahmen des sog.

² Vgl. dazu ausführlich: Nachfrageanstieg setzt sich verstärkt fort. Bearbeiter: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 12/83, S. 156 ff.



Bauherrenmodells kräftig zunehmen. Darauf deuten die seit 1980 expandierenden Baugenehmigungen für „Wohngebäude mit Eigentumswohnungen“ hin. Der Anteil der Baugenehmigungen (m³ umbauter Raum) für Eigentumswohnungen an den Baugenehmigungen des gesamten Geschoßwohnungsbaus ist von 45 vH im Juli 1979 auf nunmehr 60 vH (Juli 1983) gestiegen. Auch Neuregelungen im Mietrecht werden zu weiteren Investitionen im Mietwohnungsbau führen. Der

Geschoßwohnungsbau wird durch eine wieder verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus stimuliert.

Der Eigenheimbau wird — neben der Verringerung der Kosten infolge geringer Preissteigerungsraten und vergleichsweise niedriger Hypothekenzinsen — durch die Förderung von Bausparzwischenfinanzierung sowie durch die Möglichkeit des Schuldzinsabzugs weiterhin begünstigt.

Insgesamt läßt der Zusammenhang zwischen Bauüberhang, -fertigstellungen und -genehmigungen erwarten, daß 1984 noch ein relativ hohes Baupotential vorhanden sein wird. Die Entwicklung der Genehmigungen zeigt, daß dazu sowohl der Neubau als auch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden beitragen werden.

Im weiteren Verlauf dürften zwar die nachfragestützenden Einflüsse schwächer werden, so z.B. durch den Wegfall der Mehrwertsteueroption zum 1.1.1985. Wegen der Verzögerung, mit der die Produktion der Nachfrage folgt, wegen der langen Bauphasen sowie der aufgestockten Auftragsbestände bliebe die Bautätigkeit 1984 auch bei einer Abschwächung des Nachfrageanstiegs weitgehend unbeeinträchtigt.

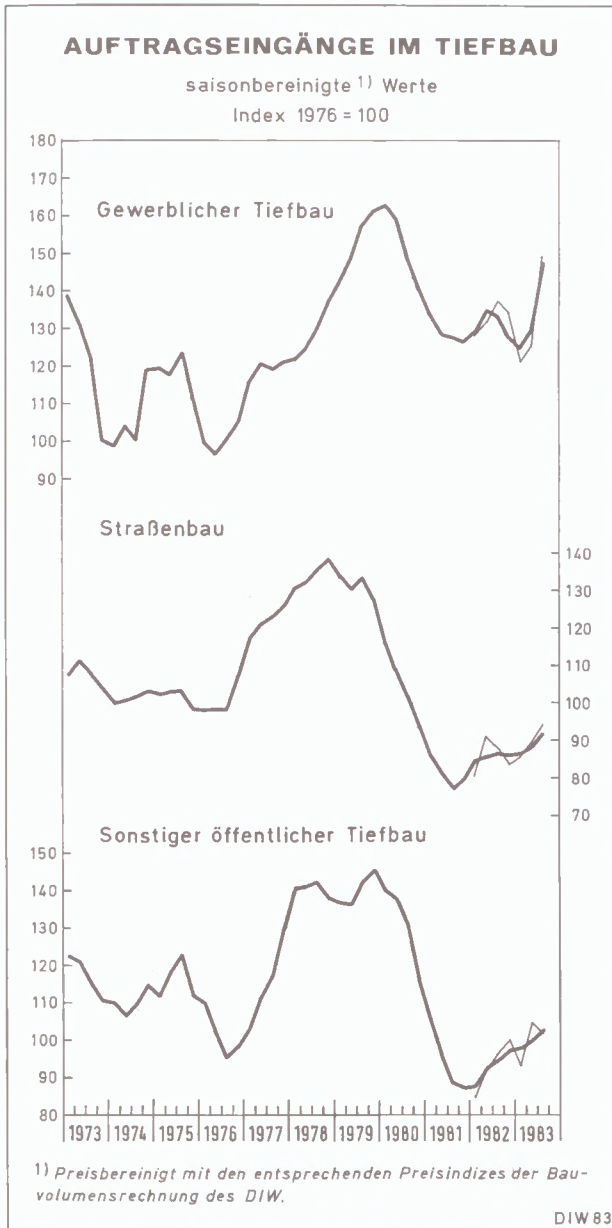
1983 wird das reale Wohnungsbauvolumen weiter kräftig expandieren. Im Jahresdurchschnitt dürfte ein Zuwachs von 5 bis 6 vH erreicht werden. Für 1984 ist eine noch kräftigere Zunahme zu erwarten.

Wirtschaftsbau

Die Entwicklung der Baubereiche im Wirtschaftsbau ist nicht gleichgerichtet. Der seit 1980 anhaltend rückläufigen Nachfrage folgend, schrumpfte die Bautätigkeit im gewerblichen Tiefbau bis zuletzt. Das reale Bauvolumen lag hier im ersten Halbjahr 1983 um etwa 3,5 vH unter dem Ergebnis des Vorjahrs. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten Wirtschaftsbau ist allerdings gering. Bestimmt wird die Entwicklung des gesamten Wirtschaftsbaus in erster Linie vom gewerblichen Hochbau, dessen Anteil am Baugeschehen etwa 75 vH beträgt. Die Nachfrage in diesem Bereich expandiert seit Anfang 1982.

Das reale Bauvolumen im gewerblichen Hochbau lag im ersten Halbjahr um 2 bis 3 vH über dem Vorjahr. Die Bautätigkeit im Wirtschaftsbau insgesamt wurde gestützt bzw. ausgeweitet durch die Inanspruchnahme der Investitionszulage, aber auch durch die Investitionen in der Landwirtschaft und in der Energiewirtschaft. Faßt man die Bereiche Hoch- und Tiefbau zusammen, so ergibt sich für das erste Halbjahr 1983 eine reale Zunahme von etwa 1 vH.

Für die weitere Zunahme von Nachfrage und Produktion im Wirtschaftsbau spricht die allgemeine Ver-



Nachfrage der privaten Haushalte sich im Inland belebt hat, dürften sich auch die Absatzerwartungen im Vergleich zum vergangenen Jahr verbessert haben. Bis Ende 1984 wird die Entwicklung des Wirtschaftsbaus auch durch die Investitionszulage begünstigt, da bis dahin Bauten, für die die Zulage in Anspruch genommen werden soll, fertiggestellt sein müssen.

Wie die Entwicklung der Baugenehmigungen zeigt, betrifft die zu erwartende Zunahme der Bautätigkeit 1983 und 1984 sowohl Maßnahmen an bestehenden Gebäuden als auch den Neubau. Die kräftige Expansion der Nachfrage kann allein durch Sonderfaktoren nicht erklärt werden; vermutlich werden neben Ersatzinvestitionen auch wieder Erweiterungsinvestitionen vorgenommen.

Im zweiten Halbjahr 1983 wird das Bauvolumen im gewerblichen Tiefbau weiter abnehmen, im Hochbau dagegen kräftig expandieren. Im Wirtschaftsbaus insgesamt dürfte im Jahresdurchschnitt 1983 ein Zuwachs von etwa 2 vH erreicht werden, für 1984 sind wenigstens 4 vH zu erwarten.

Öffentlicher und Verkehrsbau

Im Gegensatz zur Entwicklung des realen Wohnungs- und Wirtschaftsbauvolumens setzte sich der Rückgang des Bauvolumens im öffentlichen und Verkehrsbau bis zuletzt fort; im ersten Halbjahr 1983 lag das öffentliche Bauvolumen um etwa 8 vH unter dem Ergebnis des Vorjahres. Während die negative Entwicklung in den Teilbereichen Straßenbau und sonstiger Tiefbau anhielt, mußte nun auch der öffentliche Hochbau kräftige Einbußen hinnehmen.

Bei der Prognose für 1984 muß insbesondere in Rechnung gestellt werden, daß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiterhin zu Lasten der staatlichen Sachinvestitionen gehen wird. Den Großteil der öffentlichen Aufträge vergeben die Gemeinden. Ihr Finanzierungsspielraum wird wegen rückläufiger Investitionszuweisungen, aber auch wegen geringer Steuereinnahmen und steigender Ausgaben im Sozialbereich immer enger. Damit bleibt ihnen gegenwärtig kaum etwas anderes übrig, als ihre Defizite auf Kosten ihrer Investitionen abzubauen.

Die Nachfrage, gemessen an den realen Auftrags-eingängen, tendiert zwar schon seit Frühjahr 1982 nach oben; der leichte Anstieg konnte einen weiteren Abbau der Auftragsbestände jedoch nicht verhindern. Die Nachfrageentwicklung läßt aber erwarten, daß auch die Auftragsbestände allmählich wieder zunehmen werden.

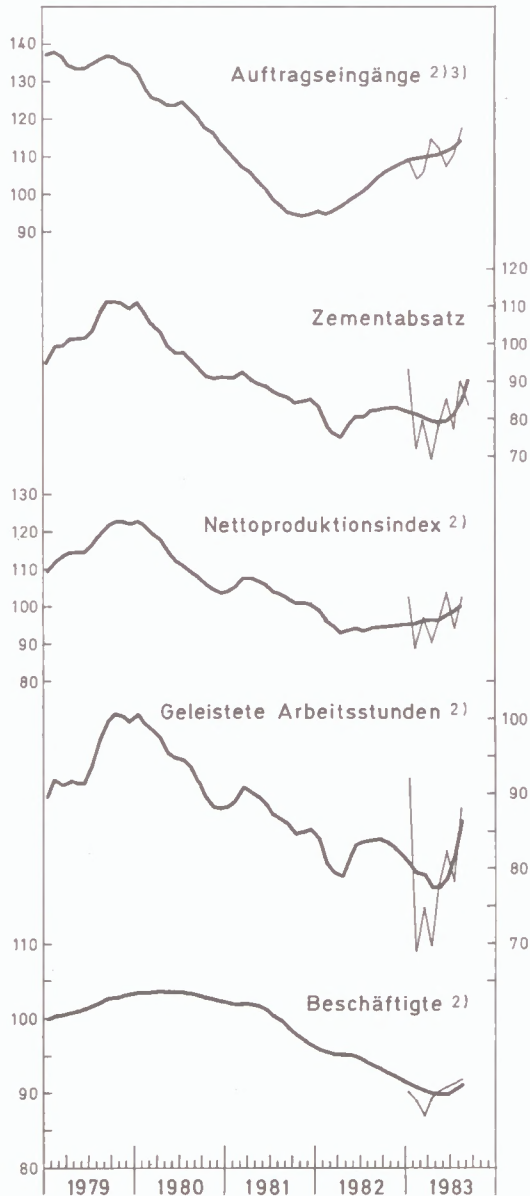
Folgt man der Entwicklung der Auftragseingänge, so kann nach einem Rückgang des realen öffentlichen Bauvolumens im Jahre 1983 (-6 vH) im kommen-

besserung der Investitionsbedingungen. Die Ertragslage der Unternehmen ist infolge der Entlastungen bei den Kosten günstiger geworden; so sind die Lohnstückkosten in diesem Jahr zurückgegangen, die Zinsen liegen weit unter dem Höhepunkt vom September 1981, wenn sie auch zuletzt wieder leicht gestiegen sind. Außerdem haben sich Vormaterialien, z.B. Rohöl und Mineralölerzeugnisse, verbilligt.

Sicherlich spielen auch die steuerlichen Entlastungen, sowohl die bereits vorgenommenen als auch die von wirtschaftspolitischer Seite angekündigten, für die Investitionsentscheidung eine Rolle. Ob jedoch investiert wird, hängt vor allem davon ab, wie die Unternehmen die künftige gesamtwirtschaftliche Lage, insbesondere die Absatzchancen, einschätzen. Da die

INDIKATOREN ZUR KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG IN DER BAUWIRTSCHAFT

saisonbereinigte ¹⁾ Monatswerte
Index 1976 = 100



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.— ²⁾ Im Bauhauptgewerbe.— ³⁾ Volumenindex.

DIW 83

den Jahr nachfragebedingt mit einer leichten Zunahme (2 vH) gerechnet werden. Diese prognostizierte Entwicklung entspricht auch der vom Finanzplanungsrat empfohlenen Linie³.

Gestützt werden dürfte der öffentliche und Verkehrsbau weiterhin vom Bereich „Bundesbahn und

Bundespost“; die Bundesbahn hat den Bau neuer Streckenabschnitte, die Bundespost den Ausbau des Kabelnetzes begonnen.

Ausblick

Die konjunkturellen Indikatoren für Nachfrage, Produktion und Beschäftigung sind deutlich aufwärtsgerichtet. Diese Tendenz wird vorerst anhalten. Im zweiten Halbjahr dieses Jahres wird — wegen der positiven Entwicklung im Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau — die Bautätigkeit weiter expandieren; im Jahresdurchschnitt 1983 dürfte — wegen der gegenläufigen Entwicklung im öffentlichen Bau — das reale Bauvolumen nur um 1 bis 2 vH über dem Vorjahrsergebnis liegen. Erst 1984, wenn keine weiteren Einschränkungen der öffentlichen Investitionen zu erwarten sind, wird es zu einer noch kräftigeren Expansion der gesamten Bautätigkeit kommen (4,5 vH). Der Aufschwung in der Bauwirtschaft wird erst 1985 abflachen, wenn die Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen, insbesondere der Mehrwertsteueroption und der Investitionszulage, entfällt.

Da die Beschäftigung erst allmählich der Entwicklung von Nachfrage und Produktion angepaßt wird, dürfte die Zahl der Beschäftigten 1983 um weitere 50 000 abnehmen. Damit hat die Bauwirtschaft (Bauhaupt- und Ausbaugewerbe) in ihrer dritten Rezession etwa 200 000 Beschäftigte verloren. Etwa die Hälfte dieses Beschäftigungsrückgangs entfällt auf den öffentlichen Bau (-100 000), von der zweiten Hälfte entfallen etwa drei Viertel auf den Wohnungsbau (-75 000) und ein Viertel auf den Wirtschaftsbau (-25 000). Die negativen Beschäftigungswirkungen sind das Ergebnis einer widersprüchlichen Wirtschaftspolitik, bei der die Bestrebungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau durch die anhaltend restriktive Investitionstätigkeit der öffentlichen Haushalte konterkariert wird.

Erst im nächsten Jahr ist wieder mit einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten zu rechnen, allerdings nur im Wohnungs- und im Wirtschaftsbau. Bei einem Zuwachs des realen Bauvolumens in Höhe von 4,5 vH dürfte diese Zunahme etwa 50 000 Beschäftigte betragen. Damit wird allenfalls das Beschäftigungsniveau des Jahres 1982 wieder erreicht. Bei dieser Prognose ist bereits berücksichtigt, daß für den öffentlichen Bau auch 1984 weniger Erwerbstätige beschäftigt sein werden als in diesem Jahr.

³ Vgl.: Restriktionspolitik behindert wirtschaftliche Erholung. Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1983/84. Bearbeiter: Dieter Teichmann und Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/83, S. 466 ff.

Entwicklung des Bauvolumens nach Produzentengruppen und Baubereichen

| | in Mrd.DM zu Preisen von 1970 | | | | Zuwachsraten in vH | | | | |
|--|-------------------------------|--------|----------------------|----------------------|--------------------|------|--------------------|----------------------|----------------------|
| | 1981 | 1982 | 1983 ¹⁾²⁾ | 1984 ¹⁾²⁾ | 1981 | 1982 | 1.Halbjahr 1983 | 1983 ¹⁾²⁾ | 1984 ¹⁾²⁾ |
| <u>nach Produzentengruppen</u> | | | | | | | | | |
| Bauhauptgewerbe | 72,11 | 69,11 | 70,1 | 73,9 | -4,8 | -4,1 | -0,9 | 1,5 | 5,5 |
| Hochbau | 45,91 | 44,60 | . | . | -3,2 | -2,9 | 2,6 | . | . |
| Tiefbau | 29,20 | 24,51 | . | . | -7,3 | -6,4 | -7,8 | . | . |
| Ausbaugewerbe | 29,08 | 27,36 | 28,2 | 29,3 | -5,8 | -4,9 | 3,0 | 3,0 | 4,0 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 9,78 | 9,63 | } 32,1 | } 33,0 | -4,9 | -1,5 | 3,8 | } 1,0 | } 3,0 |
| Architektenleistungen, Gebühren, Sonstige Bauleistungen | 23,20 | 22,13 | | | -3,9 | -4,6 | -0,3 | | |
| Bauvolumen insgesamt | 134,16 | 128,23 | 130,4 | 136,2 | -4,8 | -4,4 | 0,4 | 1,5 | 4,5 |
| <u>nach Baubereichen</u> | | | | | | | | | |
| Wohnungsbau | 60,50 | 57,33 | 60,5 | 64,2 | -5,7 | -5,2 | 4,5 | 5,5 | 6,0 |
| Wirtschaftsbau | 37,59 | 36,93 | 37,9 | 39,4 | -2,7 | -1,8 | 1,0 | 2,0 | 4,0 |
| Gewerblicher Hochbau | 27,52 | 26,97 | 28,2 | . | -3,0 | -2,0 | 2,5 | 4,5 | . |
| Gewerblicher Tiefbau | 10,07 | 9,96 | 9,7 | . | -1,8 | -1,0 | -3,2 | -3,0 | . |
| Öffentlicher und Verkehrsbau | 36,07 | 33,97 | 32,0 | 32,6 | -5,5 | -5,8 | -7,6 | -6,0 | 2,0 |
| Öffentlicher Hochbau | 13,09 | 12,79 | 11,9 | . | -0,7 | -2,3 | -7,3 | -7,0 | . |
| Straßenbau | 10,13 | 9,37 | 8,9 | . | -9,6 | -7,5 | -8,6 | -5,5 | . |
| Sonstiger Tiefbau | 12,85 | 11,81 | 11,2 | . | -6,7 | -8,1 | -7,0 | -5,0 | . |
| 1) Schätzung des DIW. 2) Gerundete Zahlen. | | | | | | | | | |

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 51. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 2/1982. 124 S. DM 56,-.

Bestimmungsgründe der Nachfrage nach Produktionsfaktoren in den Wirtschaftszweigen. Von *Jürgen Blazejczak*.
Die Komponenten der Gewinn- und Renditeentwicklung in den Wirtschaftszweigen. Von *Bernd Görzig*.
Zur Neuberechnung des Produktionspotentials im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe. Von *Rainer Pischner*.
Ergebnisse einer Umfrage über Rechnerprogramme für ökonomische Entscheidungsmodelle. Von *Josef Gruber*.
Hat die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in den USA Erfolgchancen? Von *Manfred Teschner*.
Das Wirtschaftsjahrbuch Chinas 1981. Von *Ernst Hagemann*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/1982. 115 S. DM 54,-

Ein monetäres Teilmodell – Ein Beitrag zur Weiterentwicklung des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute. Von *Reinhard Pohl* und *Rudolf Zwiener*.
Structure and Performance of the Annual Macroeconomic Model for the FRG. By *Reinhard Hujer, Gerhard Bauer, Helmut Knepel*.
Einige Überlegungen zur Berücksichtigung struktureller Unterschiede bei interregionalen Vergleichen. Von *Walter Schöning*.
Eine Investitionsmatrix für die Bundesrepublik Deutschland 1976. Von *Egon Baumgart*.
Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des dualen Systems. Von *Wolfgang Jeschek*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1982. 121 S. DM 62,-

DIW-Symposion: Neue ökonomische Theorien – Wegweisung für die Wirtschaftspolitik?
I. Funktionsweise und Steuerung der Arbeitsmärkte – Vorurteile und Theorien.
Arbeitslosigkeit als Gegenstand mikroökonomischer Theorien zur Funktionsweise der Arbeitsmärkte. Von *Christof Helberger*.
Einige Marginalien zu Arbeitsmarkttheorie und -realität. Von *Dieter Mertens*.
II. Politische Akzeptanz, Effizienz und Verteilung in der Steuertheorie – Überlegungen zur optimalen Steuerstruktur.
Zur politischen und ökonomischen Akzeptanz der Einkommensteuer. Von *Dieter Bös*.
Zum Verhältnis und zur Tarifstruktur von direkten und indirekten Steuern. Von *Wolfgang Wiegard*.
III. Wirtschaft im Ungleichgewicht – Theoretische und politische Aspekte von Ungleichgewichtskonzepten.
Theoretische und politische Aspekte makroökonomischer Ungleichgewichtskonzeptionen. Von *Hans Jürgen Ramser*.
Theoretische und politische Aspekte von Ungleichgewichtskonzepten. Von *Harald Gerfin*.
IV. Einführung in die Generaldiskussion. Von *Hans-Jürgen Krupp*.
Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.
II. Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen 1981.

Heft 1/1983. 130 S. DM 52,-

Die Arbeitnehmereinkommen in Berlin (West) im interregionalen Vergleich. Von *Kurt Geppert*.
Das Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Kurt Hornschild*.
Kritische Anmerkungen zu einer Simulationsstudie der Deutschen Bundesbank. Von *Ulrich Heilemann*.
Der Einfluß verkürzter Abschreibungsperioden auf Gewinne und Renditen. Von *Bernd Görzig*.
Aspekte der Planung von Forschung und Entwicklung in der DDR. Von *Angela Scherzinger*.
Zwischenbilanz der Neuorientierungen in der Wirtschaft der Volksrepublik China. Von *Ernst Hagemann*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 – Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 880 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallier, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Wege aus der Arbeitslosigkeit – die Erfahrungen in den 30er Jahren. Bearbeitet von Reinhard Pohl-
Anhaltende Produktionszunahme in der Bauwirtschaft. Bearbeitet von Jochen A. Hübener.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.
Zuzüglich Versandkosten.

– Hierzu ein Prospekt des DIW –